An den Wahlleiter / die Wahlleiterin in der Stadt Halver

I. Wahlvorschlag für die Wahl im Wahlbezirk

der / des Name und gegebenenfalls Kurzbezeichnung der Partei oder Wählergruppe, bei Einzelbewerbern / Einzelbewerberinnen Name und gegebenenfalls Kennwort

für die Wahl der Vertretung [x] der Gemeinde [ ] des Kreises Halver

im Wahlbezirk _____ am / im Jahr 14.09.2025

1. Auf Grund des § 15 Kommunalwahlgesetz und des § 26 Kommunalwahlordnung wird vorgeschlagen als Bewerber / Bewerberin

Familienname	Vornamen	Beruf

Hinweis: Bei mehreren Vornamen ist der Vorname zu unterstreichen, der auf dem Stimmzettel erscheinen soll. Fehlt die Unterstreichung werden alle Vornamen genutzt.

Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	Geburtsort	Staatsangehörigkeit

Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort

Telefon	E-Mail-Adresse

falls Beamter / Beamtin oder Arbeitnehmer / Arbeitnehmerin des öffentlichen Dienstes:

Dienstherr und Beschäftigungsbehörde oder Gesellschaft, Stiftung oder Anstalt – vergleiche § 13 Absatz 1 und 6 Kommunalwahlgesetz

2. Vertrauensperson für den Wahlvorschlag ist

Familienname	Vorname

Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort

Telefonnummer	E-Mail-Adresse

3. Stellvertretende Vertrauensperson ist

Familienname	Vorname

Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort

Telefonnummer	E-Mail-Adresse

Vervielfältigung, Nachahmung, Bereitstellung und Veröffentlichung nur mit Genehmigung
Internet: https://www.machproforms.de
E-Mail: info@machproforms.de
MACH | formsolutions

4. Dem Wahlvorschlag sind Anzahl **Anlagen beigefügt, und zwar**

a) Zustimmungserklärung des Bewerbers / der Bewerberin

b) Bescheinigung über die Wählbarkeit des Bewerbers / der Bewerberin

c) eine Ausfertigung der Niederschrift über die Versammlung der Partei oder Wählergruppe zur Aufstellung der Bewerber / Bewerberinnen nebst Versicherung an Eides statt nach § 17 Absatz 8 Kommunalwahlgesetz.

☐ von der Beifügung wird abgesehen, da sie bereits dem Wahlvorschlag beiliegen,

d) **Unterstützungsunterschriften**

Hinweise: Nur notwendig bei Wahlvorschlägen von Parteien und Wählergruppen, die in der im Zeitpunkt der Wahlausschreibung laufenden Wahlperiode nicht ununterbrochen in der zu wählenden Vertretung, in der Vertretung des zuständigen Kreises, im Landtag oder auf Grund eines Wahlvorschlags aus dem Land im Bundestag vertreten sind.
Nur notwendig bei Wahlvorschlägen von Einzelbewerberinnen / Einzelbewerbern, die nicht in der zu wählenden Vertretung einen Sitz auf Grund eines Wahlvorschlags haben, in dem sie als Einzelbewerber / Einzelbewerberinnen benannt waren.
Die Wahlvorschläge müssen in Wahlbezirken bis zu 5 000 Einwohnern / Einwohnerinnen von fünf, in Wahlbezirken von 5 000 bis 10 000 Einwohnerinnen / Einwohnern von zehn und in Wahlbezirken von mehr als 10 000 Einwohnerinnen / Einwohnern von zwanzig Wahlberechtigten des Wahlbezirks persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Die Unterschriften sind auf einem Formblatt gemäß Anlage 14a KWahlO zu erbringen.

e) Bescheinigungen des Wahlrechts der Unterzeichner / Unterzeichnerinnen des Wahlvorschlags, soweit das Wahlrecht nicht auf dem Formblatt für die Unterstützungsunterschrift bescheinigt ist,

f) folgende Nachweise der Partei oder Wählergruppe, die den Wahlvorschlag eingereicht hat

Hinweise: Nur notwendig bei Wahlvorschlägen von Parteien und Wählergruppen, die in der im Zeitpunkt der Wahlausschreibung laufenden Wahlperiode nicht ununterbrochen in der zu wählenden Vertretung, in der Vertretung des zuständigen Kreises, im Landtag oder auf Grund eines Wahlvorschlags aus dem Land im Bundestag vertreten sind.
Von diesen Nachweisen sind auch Parteien befreit, die die Unterlagen gemäß § 6 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und 2, Absatz 4 Parteiengesetz bis zum Tag der Wahlausschreibung beim Bundeswahlleiter ordnungsgemäß eingereicht haben.

☐ von der Beifügung wird abgesehen, da sie bereits dem Wahlvorschlag beiliegen,

Hinweis: Reicht die Partei oder Wählergruppe mehrere Wahlvorschläge im Wahlgebiet ein, so brauchen diese Nachweise nur einmal eingereicht zu werden.

aa) Wahl des für das Wahlgebiet zuständigen Vorstandes nach demokratischen Grundsätzen,

bb) schriftliche Satzung und Programm,

cc) an Stelle von bb) die Bestätigung der zuständigen Behörde, dass der Nachweis gemäß bb) ihr gegenüber geführt worden ist.

Hinweis: Hat die Partei oder Wählergruppe eine über das Wahlgebiet hinausgehende Organisation, so ist der Landrat / die Landrätin zuständig, falls diese nicht über den Kreis hinausgeht; die Bezirksregierung ist zuständig, falls diese nicht über den Regierungsbezirk hinausgeht, und das für Inneres zuständige Ministerium, falls diese über einen Regierungsbezirk hinausgeht.

dd) Veröffentlichung der Namen der Vorstandsmitglieder, der Satzung und des Programms auf geeignete Weise.

g) Nur für Wählergruppen beziehungsweise Einzelbewerber / Einzelbewerberinnen (zutreffendes ankreuzen)

☐ Für Wählergruppen, die nach § 2 Absatz1 Wählergruppentransparenzgesetz einer Pflicht zur Rechenschaftslegung unterliegen die Bescheinigungen des Präsidenten des Landtags nach § 4 Absatz 2 Wählergruppentransparenzgesetz über die Vorlage ihrer Rechenschaftsberichte für die letzten zwei abgelaufenen Kalenderjahre bzw., soweit die Frist zur Einreichung des Rechenschaftsberichts nach § 4 Absatz 1 des Wählergruppentransparenzgesetzes zum Zeitpunkt der Einreichung des Wahlvorschlags noch nicht abgelaufen ist, für das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr die Erklärung nach § 15a Absatz 2 KWahlG (Anlage 27)

☐ Für Wählergruppen, die nach § 2 Absatz 1 Wählergruppentransparenzgesetz einer Pflicht zur Rechenschaftslegung nicht unterliegen
die Erklärung nach § 15a Absatz 2 KWahlG (Anlage 27)

☐ Für Einzelbewerber / Einzelbewerberinnen die Erklärung nach § 15a Absatz 7 in Verbindung mit Absatz 2 KWahlG (Anlage 27)

Ort, Datum	Unterschrift der für das Wahlgebiet zuständigen Leitung der Partei oder Wählergruppe, des Einzelbewerbers / der Einzelbewerberin beziehungsweise. eines / einer anderen Wahlberechtigten

MACH | formsolutions

Eingaben löschen | Drucken | Speichern | Einreichen | Daten importieren | Signieren/Versenden